



DAS DOPPELBUDGET IM STRESSTEST DER INDUSTRIE



INTERVIEW

Österreichs Rolle in der
neuen Welle der Raumfahrt

Seite 5



OBERÖSTERREICH

Mut zur Veränderung
beim Industrieempfang

Seite 10

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

SALZBURG SUMMIT

Allianzen in einer
neuen Weltordnung

Seite 8

Unternehmen nicht durch übermäßige Belastung schwächen

Hubert Aiwanger, stellvertretender Ministerpräsident und bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, über Bayerns Standort-Herausforderungen, europäische Wettbewerbsfähigkeit und die Potenziale der bayerisch-österreichischen Wirtschaftspartnerschaft.

Bayern gilt traditionell als einer der stärksten Wirtschaftsstandorte Europas. Welche strukturellen Herausforderungen, etwa bei Themen wie Energie oder Bürokratieabbau, sehen Sie als drängendste Aufgabe für die kommenden Jahre? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie sicherstellen, dass Bayern seine Spitzenposition auch langfristig behaupten kann?

Hubert Aiwanger: Viele Faktoren belasten aktuell die Wirtschaft in Deutschland und Bayern: Dekarbonisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel, dauerhaft höhere Energiepreise und Verschiebungen in der Weltwirtschaft setzen etablierte Geschäftsmodelle unter Druck und zwingen Unternehmen, ihre Produktionsstrukturen anzupassen.

Wir stärken den Wirtschaftsstandort durch breit angelegte Innovationsförderung und gezielte Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Startups. Allein im Rahmen der Hightech Agenda Bayern setzt das Wirtschaftsministerium 1,5 Milliarden Euro für die Stärkung von Forschung und Entwicklung vor allem in den Bereichen Transformation und Digitalisierung ein.

Ein wichtiger Baustein sind auch unsere Investitions- und Finanzierungshilfen über die Regionalförderung und das Mittelstandskreditprogramm. Zudem unterstützen wir unsere Unternehmen bei der

Erschließung neuer, wachsender Auslandsmärkte und bei der Stärkung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der Bayerischen Außenwirtschaftsförderung. Ein Fokus liegt außerdem auf dem zügigen Ausbau erneuerbarer Energien und der Förderung eines nachhaltigen Energiemixes.

Unser bayerisches Engagement kann jedoch nur dann seine volle Wirkung entfalten, wenn der Bund deutlich mehr Unterstützung leistet: Wir fordern eine Senkung der Stromsteuer auf das europarechtliche Mindestmaß, eine Unternehmenssteuerbelastung auf international wettbewerbsfähigem Niveau, flexiblere Arbeitszeitregelungen und einen konsequenten Abbau der überbordenden Bürokratie.

Europa steht im globalen Wettbewerb zunehmend unter Druck. Welche Bereiche erachten Sie als besonders reformbedürftig? Wie kann Bayern gemeinsam mit Partnern wie Österreich innerhalb der EU dazu beitragen, die europäische Wettbewerbsfähigkeit gezielt zu stärken?

Europa muss im globalen Wettbewerb selbstbewusster und geschlossener auftreten. Entscheidend ist jetzt, den europäischen Binnenmarkt weiter zu stärken und bestehende Hemmnisse konsequent abzubauen.

Zugleich brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die Wettbewerbsfähigkeit wieder stärkt. Wir dürfen unsere Unternehmen nicht durch übermäßige Belastungen schwächen. Wir brauchen mehr Technologieoffenheit und endlich das Aus vom Verbrenner-Aus sowie schnellere Genehmigungs- und Planungsverfahren.

Bayern kann dabei gemeinsam mit starken Partnern wie Österreich wichtige Impulse setzen – als Innovationsstandorte, als Industrieregionen und als starke Stimme für eine wettbewerbsfähige, wirtschaftsfreundliche Europäische Union.

Bayern und Österreich verbindet eine langjährige wirtschaftliche Partnerschaft. Wo sehen Sie dennoch die größten ungenutzten Potenziale in den bilateralen Beziehungen?

Bayern und Österreich sind wirtschaftlich eng verflochten: Bayern ist für Österreich der wichtigste Markt und Österreich ist für Bayern der bedeutendste Handelspartner in Europa. Das bilaterale Handelsvolumen betrug 2025 rund 36,5 Milliarden Euro. Ungenutzte Potenziale bestehen vor allem in der Integration der Kapitalmärkte und in der Stärkung von Wagniskapital (Venture Capital) zur Förderung von Startups, im Abbau von Handelshemmnissen und bürokratischen Hürden sowie in einem klaren rechtspolitischen Rahmen, der Planungssicherheit für



Hubert Aiwanger, stellvertretender Ministerpräsident und bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.

Investitionen schafft. Wichtig sind auch der Ausbau grenzüberschreitender Stromnetze zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit, gezielte Infrastruktur-Investitionen, vor allem der Brenner-Basistunnel, sowie eine vertiefte Zusammenarbeit bei Innovations- und Transformationsprojekten. Entscheidend ist ein koordiniertes Vorgehen von Politik, Verbänden und Wirtschaft sowie ein gemeinsames Auftreten auf europäischer Ebene, um Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und Resilienz nachhaltig zu stärken.

Expertinnenmeinung von VALERIE GRUBER

Tech-Souveränität: Abschottung oder Absicherung?

Mit dem Tech Sovereignty Package hat die Europäische Kommission einen äußerst ambitionierten Vorstoß präsentiert. Abhängigkeit gilt nun nicht mehr als hinnehmbare Marktunschärfe, sondern als strategische Verwundbarkeit.

Beim Ringen um digitale Souveränität verfolgen die großen Wirtschaftsblöcke unterschiedliche Strategien: Die USA setzen auf marktdominante Privatkonzerne, China setzt auf staatlich gelenkte Selbstversorgung – und Europa sitzt dazwischen. Wir setzen Standards, von denen die Welt abschreibt, doch die Schlüsseltechnologien dahinter kommen meist von anderen. Genau diese Lücke gilt es zu schließen und die Europäische Kommission hat – wie sollte es anders sein? – Gesetzesentwürfe dafür vorgelegt.

Mit dem Tech Sovereignty Package wurde ein äußerst ambitionierter Vorstoß präsentiert: Chips Act 2.0, Cloud and AI

Development Act (CADA), eine Open Source-Strategie und ein Fahrplan für KI im Energiebereich. Abhängigkeit gilt nun nicht mehr als hinnehmbare Marktunschärfe, sondern als strategische Verwundbarkeit, die per Gesetz korrigiert gehört. Rund 264 Milliarden Euro fließen jährlich in überwiegend proprietäre IT aus Drittstaaten. CADA führt dafür vier Souveränitätsstufen für die öffentliche Beschaffung ein und will die Rechenzentrumskapazitäten verdreifachen.

Die Ambitionen der Kommission sind durchaus positiv zu sehen – bei der Umsetzung gibt es aber Luft nach oben, denn gute Absichten der Kommission gehen nicht immer auf: Der erste Chips Act

sollte Europas Weltmarktanteil bei der Halbleiterproduktion bis 2030 auf 20 % verdoppeln – wir liegen noch immer unter 10 %. Und zwei Milliarden Euro für Open Source über sieben Jahre wirken neben einer Abhängigkeit von 264 Milliarden jährlich eher symbolisch.

Bleibt die Kernfrage: vollständige Unabhängigkeit oder kontrollierte Offenheit? Komplette Autarkie halte ich für eine teure Illusion: Wer sich abschottet, zahlt am Ende mehr und bekommt oft schwächere Produkte, weil Wettbewerbsdruck fehlt. Wie heikel die Abwägung ist, zeigt der Streit der Mitgliedstaaten: Frankreich drängt auf strikte Auflagen, die außereuropäische Anbieter faktisch



Valerie Gruber, IV-Expertin für Europapolitik und Digitalisierung.

aussperren; Deutschland warnt vor Protektionismus und hält Hyperscaler unter klaren Sicherheitsgarantien im Spiel.

Der goldene Weg liegt wohl dazwischen, in der abgestuften Offenheit – passgenau nach Sensibilität der Anwendung.

Die Richtung stimmt, der eigentliche Test kommt erst: europäische Alternativen wirklich konkurrenzfähig zu machen, statt nur Anbieter auszusperrern, und keinen Flickenteppich aus 27 nationalen Auslegungen zuzulassen. Souveränität entsteht nicht durch Mauern, sondern durch starke Innovation und kluge Absicherung.

Bitte eine Bürokratiepause einlegen!

Wenn es schon kein zweites Entbürokratisierungspaket gibt, müssen Betriebe und Menschen in diesem Land zumindest von zusätzlichen Bürokratiewellen verschont bleiben – die Umsetzung der EU-Entgelttransparenz-Richtlinie wäre so ein Belastungs-Tsunami. Neue Digitalisierungsschritte in der Verwaltung bringen hingegen eine Entlastung für Unternehmen!



Die Bundesregierung hat also das Doppelbudget vorgelegt – damit ist eine gewisse Vorhersehbarkeit für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger gegeben, was die Rahmenbedingungen der kommenden zwei Jahre betrifft. Große notwendige strukturelle Veränderungen werden bislang nicht angegriffen; umso mehr wären Maßnahmen zur Entbürokratisierung sinnvoll – doch das zweite Entbürokratisierungspaket ist bis auf Weiteres abgesagt.

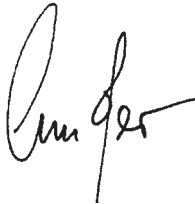
Dabei hat Österreich ein veritables Bürokratieproblem, das auch dafür sorgt, dass der Standort im IMD-Wettbewerbsranking heuer erneut abgerutscht ist – von Platz 26 vergangenes Jahr auf Platz 29. Was es da gar nicht braucht, sind neue, zusätzliche Berichtspflichten. Das gilt insbesondere auch bei der Umsetzung

der EU-Entgelttransparenz-Richtlinie. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist für die österreichische Industrie eine Selbstverständlichkeit. Unsere Unternehmen stehen für leistungs- und qualifikationsgerechte Entlohnung sowie für transparente und nachvollziehbare Vergütungssysteme, auf der Basis des österreichischen Kollektivvertragssystems. Verzichten wir auf gut gemeinte, aber grottenschlecht aufgesetzte Regelungen, die noch dazu nach der Vorstellung der Arbeitsministerin zusätzlich noch verschärft werden sollen.

Was es hingegen braucht, ist eine raschere Umsetzung der Einzelmaßnahmen des bereits im Dezember beschlossenen ersten Entbürokratisierungspakets. Die Industriellenvereinigung begrüßt jeden Schritt in diese Richtung – so auch das von Alexander Pröll vorgelegte

Digitalisierungspaket als wichtigen Beitrag zum Bürokratieabbau und zur Modernisierung der Verwaltung. Positiv sind insbesondere der Ausbau der Digital Austria Data Exchange (dadeX) sowie die beschleunigte Umsetzung des Once-only-Prinzips. Was die Umsetzung des Once-only-Prinzips idealerweise bringt: Unternehmen müssen nicht länger dieselben Daten mehrfach an unterschiedliche Stellen übermitteln. So geht Vereinfachung – das braucht Österreich!

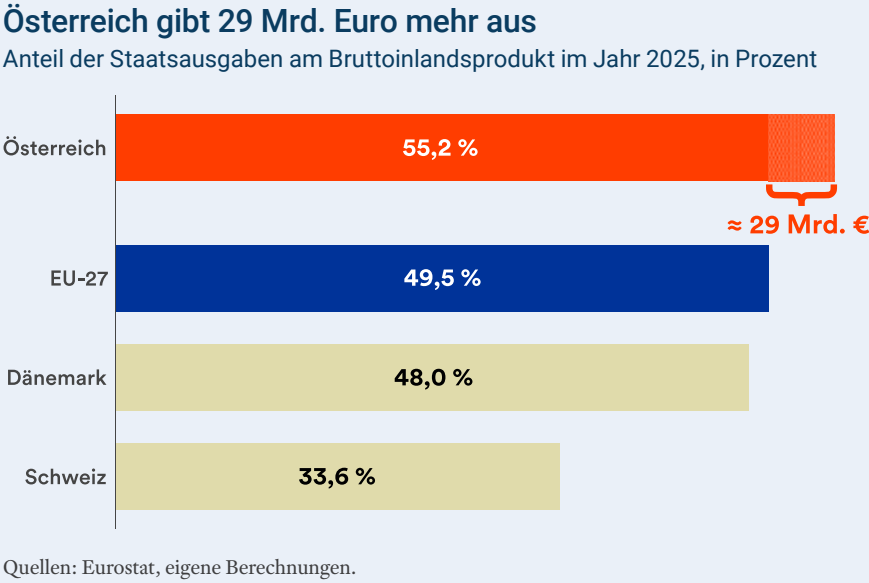
Ihr



Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

Grafik des Monats

Österreich gibt gemessen am BIP deutlich mehr aus als die meisten anderen europäischen Volkswirtschaften – mit einer Staatsausgabenquote von 55,2% liegt das Land 5,7 Prozentpunkte über dem EU-27-Schnitt von 49,5%, was hochgerechnet auf das österreichische BIP rund 29 Mrd. Euro entspricht. Dänemark, das für seinen umfangreichen Wohlfahrtsstaat bekannt ist, kommt auf 48,0%, die Schweiz auf 33,6%. Der Fiskalrat warnt, dass die hohe Ausgabendynamik, getrieben vor allem durch Pensionen, Gesundheit und Zinsen, ohne strukturelle Reformen nicht nachhaltig finanzierbar ist.



Zahl des Monats

3,8 %

des BIP beträgt laut Fiskalrat und OeNB das prognostizierte Budgetdefizit Österreichs im Jahr 2028; dem Jahr, in dem die Regierung das EU-Defizitverfahren planmäßig beenden will. Das Finanzministerium rechnet hingegen mit 3,0%. Als Haupttreiber nennt die OeNB höhere Zinsausgaben und EU-Beiträge sowie die schwierige Wirtschaftslage. Um die Maastricht-Grenze zu unterschreiten, wären laut Fiskalrat zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen von 5,7 Mrd. Euro nötig.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: „iv-positionen“ erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, IV-Burgenland /Ingrid Puschautz-Meidl, IV-Kärnten / Helge Bauer, IV-NÖ / Alexander Felten, IV-OÖ / Roland Pelzl, IV-Salzburg / Birgit Probst, IV-Steiermark / Foto Fischer, IV-Tirol / Land Tirol / Fitsch, IV-Vorarlberg / IV, ORF, VN, NEUE, Krone, WPA, IV-Wien / Markus Prantl

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



EABG bringt schnellere Genehmigungsverfahren

Dass die Regierung das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz endlich beschließen konnte, ist eine gute Nachricht – die Schlechterstellung der Wasserkraft aber nicht nachvollziehbar. Schnellere Verfahren soll es künftig für weitere Industrieprojekte geben.

Im Juni ist es der Regierung gelungen, das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz (EABG) mit den Stimmen der Grünen im Nationalrat zu beschließen. Die Bündelung von Zuständigkeiten, klarere Verfahrensabläufe, digitale Prozesse sowie die stärkere Berücksichtigung des überragenden Interesses an Energieinfrastrukturprojekten sind wichtige Schritte, um Investitionen rascher umzusetzen und die Energieversorgung langfristig abzusichern.

Kritisch bewertet die IV jedoch die erneute Verankerung der Klimaneutralität 2040, zehn Jahre früher als unionsrechtlich vorgesehen, im Gesetz. Dieses Ziel geht über die europäischen Vorgaben hinaus und führt zu zusätzlichen Belastungen für den Wirtschafts- und Industriestandort. Zudem lehnt die IV eine Schlechterstellung der Wasserkraft gegenüber anderen erneuerbaren Energieträgern klar ab.

Insgesamt stellt das EABG aus Sicht der IV aber einen wichtigen Schritt zur Stärkung des Wirtschafts- und Industriestandorts Österreich dar. „Wenn es gelingt, die vorgesehenen Verfahrensbeschleunigungen konsequent umzusetzen und Investitionen schneller auf den Boden zu bringen, kann das Gesetz einen wesentlichen Beitrag zu mehr Versorgungssicherheit und zu einer erfolgreichen Energiewende in Österreich leisten“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Es ist auch ein gutes Signal, dass die Regierung ein Schlüsseltechnologie-Beschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht hat. Schnellere Verfahren wird dieses vorerst aber nur im Anwendungsbereich der 18 EU-Netto-Null-Technologien bringen. Es bedarf einer Ausweitung auf alle strategisch relevanten Industrieprojekte sowie auch einer umfassenden UVP-Novelle im Sinne deutlich strafferer Verfahren für große Standortprojekte.

Österreich bündelt Kräfte für Green Tech Industry

Mit einer gemeinsamen Absichtserklärung setzen das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK), die IV-Plattform Green Tech Industry sowie das Green Tech Valley ein starkes Signal für die Zukunft der österreichischen Umwelt- und Energietechnologiebranche.

MEHR DAZU:



IV drängt bei Sicherheitspolitik auf Tempo

Es braucht rasche Schritte zur Stärkung der heimischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und Tempo bei der Umsetzung der Wehrdienstreform. Die Industrie fordert Tempo, Rechtssicherheit und Planbarkeit.

Die Industriellenvereinigung hat sich in den vergangenen Wochen mit Nachdruck in zwei eng verknüpfte sicherheitspolitische Debatten eingebracht: In einem Brief an Bundeskanzler Christian Stocker und weitere Regierungsmitglieder forderten IV-Präsident Georg Knill, Generalsekretär Christoph Neumayer und Vize-Generalsekretär Peter Koren im Mai rasche legislative Schritte zur Stärkung der heimischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Die heimische Sicherheitswirtschaft steht bereits

heute für über 41.000 Arbeitsplätze; viele davon hoch qualifiziert.

Konkret fordert die IV eine rechtssichere Verankerung von Industriekooperationen im Bundesvergabegesetz, eine Vereinfachung des Exportkontrollrechts, mehr Rechtssicherheit im Neutralitätsrecht sowie klare Rahmenbedingungen für Finanzierung und zivile Drohnenabwehr. Als positives Beispiel verweist die IV auf die Beschaffung der Leonardo-Jets, die mit rund 400 Millionen Euro an industriellen Kooperationen für Österreich verbunden

ist – ein Beleg dafür, dass sicherheitspolitische Beschaffung und nationale Wertschöpfung zusammengehen können.

Auch bei der Wehrdienstreform braucht es nun rasch eine Entscheidung. Im Zentrum steht das Modell „Österreich Plus“ der Wehrdienstkommission: acht Monate Grundwehrdienst, zwei Monate verpflichtende Milizübungen und ein auf zwölf Monate ausgeweiteter Zivildienst. Die IV trägt diese Empfehlungen mit, obwohl sie weiß, dass Betriebe das direkt zu spüren bekommen, etwa wenn

Mitarbeiter zu Milizübungen einberufen werden. Peter Koren brachte die Haltung der IV bei der Pressekonferenz auf den Punkt: Ein Bundesheer ohne Einsatzbereitschaft sei ein konkretes Risiko „für Lieferketten, für Betriebe, für den Wirtschaftsstandort insgesamt“. Die Wirtschaft sei deshalb bereit, ihren Beitrag zu leisten. Im Gegenzug fordert die IV eine bessere Planbarkeit bei Einberufungen, faire Ausgleichsregelungen für Einkommensausfälle sowie die Anerkennung von im Wehrdienst erworbenen Qualifikationen.



Fotos: Adobe Stock, BMLUK/Hemerk

„Das wäre unser Ticket zum Mond gewesen“

Carmen Possnig, ESA-Ersatzastronautin und Weltraummedizinerin, spricht über Europas Abhängigkeit im Weltraum, die Schwächen der ESA-Entscheidungsstruktur und Österreichs Rolle in der neuen Welle der Raumfahrt.

Im Vergleich zu den USA und China hat Europa nach wie vor sehr wenige Raketenstarts – 2025 waren es acht in Europa, SpaceX hatte 165 Starts und China 88. Mit der Ariane 6 plant die ESA heuer neun bis zehn Starts. Besteht eine Chance, das aufzuholen?
Carmen Possnig: Was in Europa ein Problem ist: Wir sind zwar sehr gut in Bereichen wie Navigation und Erdbeobachtung, aber wir haben keine Rakete, die zertifiziert ist, Astronauten ins All zu bringen. Und wir haben keine Rakete, die stark genug ist, um aus dem niedrigen Erdborbit hinauszukommen.

Das heißt: Im Erdborbit sind wir durchaus Mitspieler, auch mit Alleinstellungsmerkmalen wie in der Erdbeobachtung. Aber sobald es weiter geht – zum Mond, irgendwann zum Mars –, sind wir vollständig abhängig von anderen Playern. Alles, was die menschliche Erforschung des Weltraums betrifft, und auch der Weg zur internationalen Raumstation, läuft im Moment über die Nasa.

Seit letztem Jahr hat die ESA eine neue Raumfahrtstrategie und will vor allem Kunde sein und Raketen von privaten Industrieunternehmen entwickeln lassen. Sehen Sie eine Chance, dass sich dadurch etwas an unserer Lage als Passagiere im

Rennen um das Weltall ändert?
Das wird sicher nicht in naher Zukunft passieren. Aber im Weltraum ist es wichtig, heute zu investieren, um in zehn Jahren davon zu profitieren. Wenn man jetzt sagt, dass wir nichts investieren und uns weiterhin auf die Nasa verlassen, schaut es in zehn Jahren potenziell schlecht aus.

Mit der Nasa ist es im Moment schwierig: Die Administration wechselt alle vier Jahre, und damit können sich auch die Programme ändern. Der neue Nasa-Direktor hat den Lunar Gateway, die geplante Station im Mondorbit, auf Pause gestellt. Europa hat die Module dafür aber bereits gebaut und ausgeliefert. Das wäre unser Ticket zum Mond gewesen. Und das fällt jetzt plötzlich weg. Es ist gefährlich, sich immer nur auf andere zu verlassen. Irgendwann muss man selbst Autonomie entwickeln.

Welche Potenziale gibt es in Österreich, um bei dieser neuen Welle der Weltraumeroberung eine Rolle zu spielen? Und haben wir dafür die richtigen Grundlagen geschaffen – Stichwort ESA-Budget?
Luft nach oben gibt es immer, gerade beim ESA-Budget. Aber wir haben das Budget beim letzten Ministerial schon deutlich erhöht. Bei Artemis steuerte TTTech die sicherheitskritische Datenkommunikation bei. Österreich ist auch bei anderen

Missionen vertreten, zum Beispiel mit mehreren Instrumenten an Bord der „Juice“-Sonde. Österreich hat eine sehr gute Weltraum-Community, sowohl in der Industrie als auch in der Forschung. Mit einem höheren ESA-Budget könnte man auch bessere Rahmenbedingungen schaffen, damit sich mehr Weltraumindustriefirmen in Österreich ansiedeln.

Was können wir in Österreich im Bereich Bildung tun, damit es in Zukunft noch mehr Astronautinnen und Astronauten aus unserem Land gibt?
Man muss ganz früh ansetzen. Bei Kindergartenkindern, Volksschülern und Jugendlichen sehe ich eine unglaubliche Begeisterung für alles, was mit dem Weltraum zu tun hat. Ich war vor einigen Wochen bei der MINT-Gala in Wien, wo das MINT-Gütesiegel an Kindergärten und Schulen aus ganz Österreich vergeben wurde – das sind externe Reviews, die Bewerbungen sichten und auswählen, wer das Siegel verdient hat; verbunden mit einem Dreijahre-Programm, das die Schule vorlegt, wie sie die Schülerinnen und Schüler für MINT begeistern will. Es war wirklich beeindruckend zu sehen, wie viele Schulen dabei waren und welche Strategien die Lehrerinnen und Lehrer entwickelt haben.



Carmen Possnig ist ESA-Ersatzastronautin und Weltraummedizinerin.

Aktuelles in Kürze

Zehn Jahre MINT-Gütesiegel – vom Experiment zur Erfolgsgeschichte

Was vor zehn Jahren als Experiment begann, ist heute eine der größten Bildungsinitiativen Österreichs“, betonten IV-Vizepräsidentin Patricia Neumann und Bildungsminister Christoph Wiederkehr bei der Jubiläums-MINT-Gala im Haus der Industrie. Bereits 892 Kindergärten und Schulen tragen nunmehr das MINT-Gütesiegel; rund jede siebente Schule engagiert sich damit aktiv für qualitativollen und begeisternden MINT-Unterricht. Die von der IV initiierte und gemeinsam mit dem Bildungsministerium sowie der PH Wien umgesetzte Initiative verfolgt das Ziel, dem MINT-Fachkräftemangel entgegenzuwirken und Technologieskepsis abzubauen.

Bei der Festgala wurde die zentrale Rolle der MINT-Bildung für Schlüsseltechnologien und die Industriestrategie 2035 hervorgehoben. Die 300 Gäste der Gala waren begeistert und bedankten sich gemeinsam mit ESA-Reserveastronautin Carmen Possnig, der Schauspielerin Katharina Stemberger und der Kabarettistin Caroline Athanasiadis mit einem Ständchen: „Happy Birthday, MINT-Gütesiegel!“

WEB-TIPP:
www.mintschule.at



IV ist Industrial Partner bei den Technology Talks Austria 2026

Von 10. bis 11. September 2026 wird das Wiener Museumsquartier zum Treffpunkt der österreichischen und internationalen FTI-Community: Bei den Technology Talks 2026, die back-to-back mit dem FFG-Forum stattfinden, diskutieren Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Industrie und Wissenschaft unter dem Leitthema

„Empowering Europe: Technological Leadership for a Resilient Future“ darüber, wie Europa seine technologische Führungsrolle stärken kann und welche Bedeutung Forschung, Technologie und Innovation dabei einnehmen. Auch heuer organisiert die IV über den Verein zur Förderung von Forschung und Innovation (vffi) einen Workshop –

dieses Jahr zu „Taking the Quantum Leap – How can Europe become the industrial powerhouse of quantum technologies?“, bei dem hochrangige Gäste aus Europäischer Kommission, Wissenschaft und Wirtschaft diskutieren, welche Maßnahmen es braucht, um Quantentechnologien in Europa zu entwickeln und erfolgreich zu skalieren.

JETZT ANMELDEN:

DAS DOPPELBUDGET IM STRESSTEST DER INDUSTRIE

Zwischen Entlastung und Reformstau: Das Doppelbudget hält für die Industrie einige gute Maßnahmen bereit – gleichzeitig fehlen aber strukturelle Reformen und ein Bündel an Belastungen konterkariert die Ambition, den Wirtschaftsstandort nachhaltig nach vorne zu bringen.

Mit seiner Budgetrede hat Finanzminister Markus Marterbauer das Doppelbudget für 2027 und 2028 vorgestellt: 5,1 Milliarden Euro sollen konsolidiert werden, die Hälfte davon fließt über Mehreinnahmen und Einsparungen in die Konsolidierung, die andere Hälfte in Offensivmaßnahmen. Für die Industrie sind einige gute Maßnahmen enthalten, aber auch neue Belastungen – und an dringend benötigten Strukturmaßnahmen mangelt es nach wie vor.

Die Schuldenquote soll sich bei 83,6 % des BIP (2027) und 83,8 % (2028) zunächst stabilisieren, 2029 aber wieder auf 84,2 % steigen – deutlich besser als frühere Prognosen von über 90 % bis 2031, aber weit von einer echten Trendumkehr entfernt. Der Primärsaldo verbessert sich nur langsam, von minus 2,6 % (2025) auf minus 0,4 % (2031), während die Zinsendienstquote im selben Zeitraum von 1,6 auf 2,5 % steigt. Österreich kauft sich Zeit – aber teuer. Der Fiskalrat mahnte bereits, dass es weitere Anstrengungen im Ausmaß von 5,7 Milliarden Euro brauchen würde,

um das Defizit bis 2028 auch nur auf 3 % des BIPs zu drücken. Um die Schuldenquote zu senken, sei allerdings ein Defizit von 2 % oder weniger notwendig.

Die ignorierten Reform-Baustellen

Entsprechend nüchtern fällt die Bilanz der Industriellenvereinigung aus: „Planungssicherheit ist in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ein gutes Signal“, sagt IV-Präsident Georg Knill. Ein Budget allein schaffe aber noch kein Wachstum. Dafür brauche es weitreichende Strukturreformen, die Spielräume schaffen; und die bleiben weiterhin aus. „Es ist richtig, dass die Regierung die Staatsfinanzen stabilisieren will. Von einer echten Budgetsanierung kann aber noch keine Rede sein. Eine Defizitquote von rund 3 % darf nicht das Ziel sein – Ziel muss ein ausgeglichener Haushalt sein. Dafür braucht es deutlich ambitioniertere Reformschritte auf der Ausgabenseite“, so Knill. Was fehlt, sind die großen Reformen: Pensionen, Bildung, Verwaltung,

Föderalismus – keine dieser Baustellen greift das Doppelbudget grundsätzlich an.

Auf der Habenseite verbucht die Industrie vor allem die Senkung der Lohnnebenkosten: Der Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) sinkt ab 2028 von 3,7 auf 2,7 %, ein Volumen von rund zwei Milliarden Euro. Hinzu kommen die budgetäre Absicherung von Industriestrompreis und Strompreiskompensation SAG plus mit insgesamt 250 Millionen Euro jährlich, ein abgesicherter FTI-Pakt für Grundlagen- und angewandte Forschung sowie Investitionen in die Elementarpädagogik. „Die Senkung der Lohnnebenkosten ist ein richtiger und wichtiger Schritt“, sagt Knill – auch wenn sie später kommt als ursprünglich angekündigt und Österreich bei den Lohnnebenkosten weiterhin zu den Hochkostenstandorten Europas zählt. Das in der Industriestrategie verankerte Ziel einer Senkung um insgesamt 3,7 Prozentpunkte müsse daher konsequent weiterverfolgt werden.



PROGRESSIVE KÖST:
23 % → 24 %
FÜR GEWINNE > 1 MIO. €
200 / 350 Mio. € (2027 / 2028)
Systemwidrig, unbefristet.

VERLÄNGERUNG ERHÖHTE
BANKENABGABE BIS 2029
280 / 320 / 90 Mio. €
(2027 / '28 / '29)
Schwächt Kreditvergabe-
fähigkeit der Institute.

NEUE ALV-DIENSTGEBER-
BEITRÄGE FÜR
BESCHÄFTIGTE 63+
142 / 166 Mio. € (2027/2028)
Verteuert Beschäftigung älterer
Arbeitnehmer.

WIEDEREINFÜHRUNG
FLAF-BEITRAG FÜR
ERWERBSTÄTIGE 60+
500 Mio. € (2028)
Widerspricht Ziel „Beschäfti-
gung Älterer fördern“.

EINSCHRÄNKUNG
INVESTITIONSBEDINGTER
GEWINNFREIBETRAG
200 Mio. €
Faktischer Nachteil für KMU/
Personengesellschaften.

ANHEBUNG HÖCHST-
BEITRAGSGRUNDLAGE
228,8 / 287,7 Mio. €
(2027 / 2028)
Trifft Industriebeschäftigte
überproportional.

KÜRZUNGEN
FFG-BASISPROGRAMME
bis 62,8 Mio. €
Schwächt zentrale
Forschungsförderung.

ERHÖHUNG IMMOBILIEN-
ERTRAGSTEUER
ALTGRUNDSTÜCKE
100 / 120 Mio. €
Belastet Bestandsimmobilien.

SACHBEZUG FÜR
E-DIENSTWAGEN
110 / 190 Mio. € (2027 / 2028)
Neue Belastung für
Unternehmen und Mitarbeiter.

Falsche Signale an Investoren

Der Haken an der Sache: Finanziert wird die Entlastung überwiegend durch neue Belastungen für genau jene Unternehmen, die sie eigentlich entlasten soll. Die Körperschaftsteuer steigt für Gewinne über einer Million Euro von 23 auf 24 %, mit einer Progression, die laut IV systemwidrig ist und Wachstum bestraft. Die erhöhte Bankenabgabe wird bis 2029 verlängert, die Immobilienertragsteuer auf Altgrundstücke und der Sachbezug für E-Dienstwagen steigen ebenfalls. „Leistung, Erfolg und Investitionen müssen belohnt und dürfen nicht bestraft werden“, bringt es Knill auf den Punkt. Die progressive Körperschaftsteuer schwäche die internationale Wettbewerbsfähigkeit und sende ein falsches Signal an Investoren.

Mit dem FLAF-Beitrag für Erwerbstätige über 60 Jahren und neuen Arbeitslosenversicherungsbeiträgen für Beschäftigte ab 63 Jahren – zusammen rund 650 Millionen Euro Mehrbelastung bis 2028 – konterkariert das Budget das erklärte Ziel der Bundesregierung, die Beschäftigung Älterer zu fördern. Hinzu kommt die außerordentliche Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage um 150 Euro (2027) und 50 Euro (2028) monatlich, die laut IV die ohnehin unterdurchschnittlich von Lohnanpassungen profitierenden Industriebeschäftigten zusätzlich trifft. „Wer einerseits die Beschäftigung Älterer erhöhen will und andererseits die Beschäftigung dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für Unternehmen verteuert, setzt widersprüchliche Anreize. Diese Maßnahmen sollten überdacht werden“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

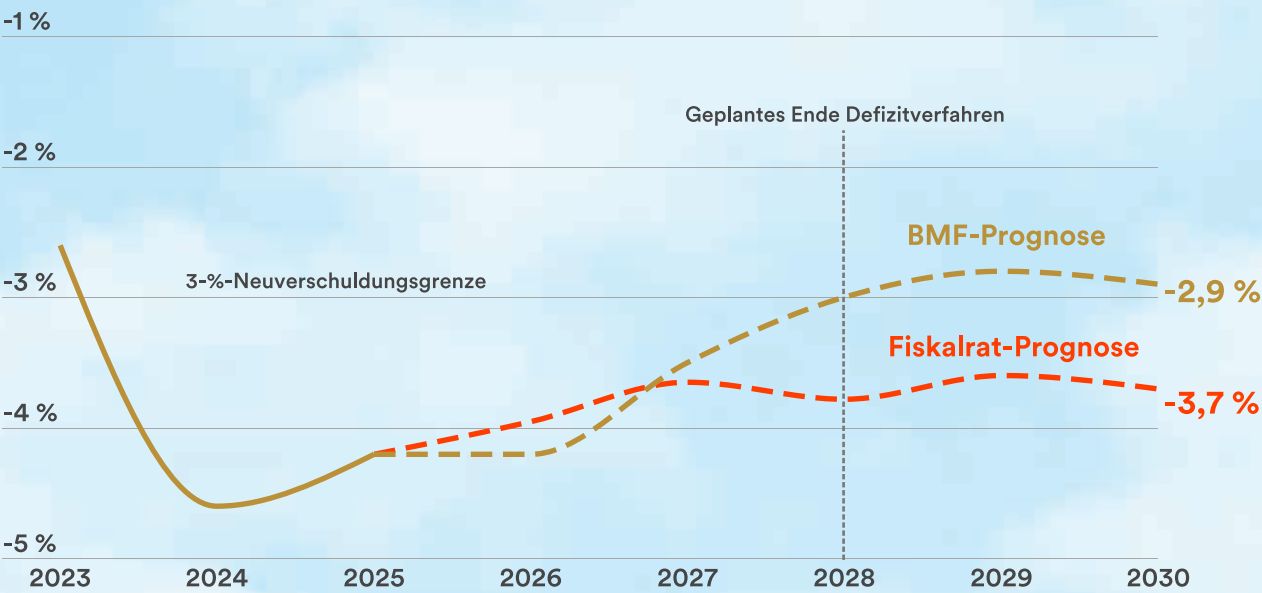
Strukturell bleibt damit ein Grundproblem ungelöst: das Missverhältnis zwischen Einnahmen- und Ausgabenseite. Die IV hält in ihrer Stellungnahme zum Budgetbegleitgesetz fest, dass die vorgesehenen Maßnahmen nahezu ausschließlich auf der Einnahmenseite ansetzen, während strukturierte und nachhaltige Ausgabenreduktionen fehlen. Bei einer Abgabenquote von 44,3 % im Jahr 2025 – einer der höchsten weltweit – wäre genau das umso dringlicher.

Gute Nachrichten in der Bildung

Eine gute Nachricht ist, dass für zentrale Zukunftsbereiche im Bildungssystem gezielt zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Das Offensivpaket Bildung – mit dem Ausbau der Elementarpädagogik, des zweiten verpflichtenden Kindergartenjahrs, ganztägiger Schulformen und des psychosozialen Supports – wird mit 130 Millionen Euro im Jahr 2027 und ab 2028 mit jährlich 210 Mio. Euro dotiert und stärkt als klare IV-Priorität die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit das Arbeitskräfteangebot, die frühe Kinderbildung, die Produktivität und damit den Standort sowie die Fachkräftesicherung.

DEFIZIT: ZUSÄTZLICHE MASSNAHMEN NÖTIG?

Budgetdefizit in Prozent des BIP, 2023 bis 2030



Die IV wird in den parlamentarischen Verhandlungen weiterhin Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts einfordern: bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in Digitalisierung, Dekarbonisierung und Schlüsseltechnologien, eine steuerliche Stärkung von Eigenkapital sowie eine ausreichende Dotierung zukunftsrelevanter Programme wie IPCEI Advanced Semiconductor Technologies, für das laut Bedarfserhebung rund 400 Millionen Euro fehlen.

Am Ende bleibt ein Doppelbudget, das der Industrie auf der einen Seite mehr Luft zum Atmen verschafft, während auf der anderen Seite neue Belastungen stehen, ohne die Wirtschaft von ihrer strukturellen Last zu befreien. Für die Industrie ist das ein erster Schritt – und zugleich der Beweis, dass die eigentliche Reformarbeit erst beginnt.



Welche Hochschulen braucht Österreich im Jahr 2040?

Ein Round Table zum Thema „Smarte Hochschulen“ beleuchtete, was es braucht, damit Österreich in der oberen Liga der Innovationsleader mitspielen kann.

Ein Round Table von IV und WKO ging am 8. Juni der Frage „Welche Hochschulen braucht Österreich 2040?“ nach. Im Fokus standen dabei zentrale Herausforderungen der Hochschulstrategie 2040: 77 Hochschulen, rund 3.600 Studienangebote und 360.000 Studierende bei gut neun Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern – ein System mit zu wenig Fokus und nicht ausgeschöpftem Potenzial, um in der oberen Liga der Innovationsleader mitzuwirken.

Die Kennzahlen sprechen für Reformbedarf: Nur 21% der Studierenden schließen ihr Bachelorstudium in Regelstudienzeit ab (OECD: 43%), das Durchschnittsalter liegt bei 27 Jahren, die Unsicherheit bei der Studienwahl steigt;

Wissenschafts- und Technologietransfer sind ausbaufähig. Gleichzeitig gibt es Doppelgleisigkeiten in der Lehre, d. h., es fehlen abgestimmte und durchgängig praxisnahe Studienangebote.

Aus Sicht der Industrie braucht Österreich ein profilstarkes Hochschulsystem, das international sichtbar, attraktiv und konkurrenzfähig ist, um hoch Qualifizierte für den Standort Österreich anzuziehen und auch zu halten.

Die Impulsgeberinnen und Impulsgeber – darunter Therese Niss (Vorsitzende des IV-Bildungsausschusses, MIBA AG), Reinhard Schretter (Universitätsratsvorsitzender der Uni Innsbruck), Julian Hadschieff (Humanocare Group) sowie Robert-Jan

Smits (ehem. Präsident der TU Eindhoven) und Thomas Henzinger (FORWIT) – skizzierten klare Prioritäten: klare Hochschulprofile, weniger Fragmentierung durch strategische Allianzen und eine konsequente Ausrichtung am Arbeitsmarkt. Ergänzt um Wettbewerb, Wissens- und

Technologietransfer und Internationalisierung kann so ein Hochschulsystem entstehen, das Wirkung entfaltet. Die IV wird sich auch weiterhin in den Hochschulstrategieprozess 2040 des Bundesministeriums für Frauen, Wissenschaft und Forschung aktiv einbringen!



Mehr Expertise für Aufsichtsräte

In der bereits vierten Runde stellt sich das IV-Sparringprogramm Netzwerk Aufsichtsrat erneut der Aufgabe, den Frauenanteil in Aufsichtsräten nachhaltig zu erhöhen.

Das IV-Sparringprogramm Netzwerk Aufsichtsrat startet in die vierte Runde und setzt ein klares Zeichen für mehr Qualität, Professionalität und Diversität in Österreichs Aufsichtsräten. Leistungsfähige und gut vernetzte Gremien sind ein zentraler Erfolgsfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Ziel des Programms ist es, den Frauenanteil in Aufsichtsräten nachhaltig zu erhöhen und qualifizierte Kandidatinnen auf ihrem Weg zum ersten Mandat gezielt zu unterstützen.

Im Fokus steht ein praxisorientierter Ansatz: Erfahrene Aufsichtsrätinnen und



-räte bilden 1:1-Tandems mit potenziellen Mandatarinnen und ermöglichen einen intensiven Austausch auf Augenhöhe. Dadurch werden Wissen, Erfahrungen und Netzwerke gezielt weitergegeben und gestärkt. Angesichts steigender regulatorischer Anforderungen gewinnen Professionalität, gute Governance und kontinuierliche Weiterbildung zunehmend an Bedeutung.

Mit 15 Tandems ist der aktuelle Durchgang gestartet. Initiatorin Sabine Herlitschka betont dabei das klare Ziel, konkrete Ergebnisse zu erzielen und Diversität in Aufsichtsräten nachhaltig zu verankern.

Allianzen in einer neuen Weltordnung

Der diesjährige Salzburg Summit rückt Partnerschaften ins Zentrum, mit denen Europa seine Zukunft gestalten will. Highlights sind Auftritte des ehemaligen US-Außenministers Antony Blinken sowie des früheren kanadischen Premierministers Justin Trudeau.



Von 22. bis 24. Juli treffen sich hochrangige Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft wieder zum Salzburg Summit der Industriellenvereinigung. Die diesjährige Ausgabe steht unter dem Motto „Alliances in a New Global Order“ und fragt, mit welchen Partnern Europa seine Zukunft gestalten will. Geopolitik ist heute keine Außenpolitik mehr, sondern Standortpolitik.

Das Programm verbindet die große geopolitische Perspektive mit konkreten Fragen für Wirtschaft und Industrie.

Highlights sind Auftritte des ehemaligen US-Außenministers Antony Blinken sowie des früheren kanadischen Premierministers Justin Trudeau, der als Mitgestalter von CETA für verlässliche transatlantische Partnerschaften steht. Diskutiert werden Europas Handlungsfähigkeit in Sicherheit, Industriepolitik und Migration ebenso wie Zukunftsfelder wie Energie, künstliche Intelligenz, Defense und Life Sciences.

In den Deep Dives gehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bewusst tiefer; in kleineren, teils vertraulichen Formaten, die offene Debatten mit Gestalterinnen

und Gestaltern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ermöglichen. Der Salzburg Summit hat sich damit als internationale Plattform etabliert – als ein Ort, an dem über Europas wirtschaftliche und geopolitische Zukunft nicht nur gesprochen, sondern weitergedacht wird.

**WEITERE
INFOS:**
salzburgsummit.com



JI-Sommerwochenende 2026 in der Wachau

Begegnung, Austausch und neue Impulse in Niederösterreich.

Das JI-Sommerwochenende 2026 führte die Junge Industrie dieses Jahr in die Wachau. Rund 50 Mitglieder aus ganz Österreich kamen Mitte Juni zusammen, um gemeinsame Tage zwischen strategischer Weiterentwicklung, neuen Impulsen und persönlichen Begegnungen zu verbringen. Zwischen gemeinsamen Programmpunkten entstand dabei Raum für Vernetzung über Bundesländergrenzen hinweg.



Gemeinsamer Ausklang des ersten Tags beim Abendessen in Dürnstein.



Zillenfahrt auf der Donau in der Wachau.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des JI-Sommerwochenendes 2026

Bereits am Freitagvormittag tagte der Bundesvorstand der Jungen Industrie. Im Anschluss fand der diesjährige Leaders Circle statt, bei dem die strategische und inhaltliche Neuausrichtung der Jungen Industrie im Mittelpunkt stand. Als besonderer Gast brachte Stephan Zöchling zusätzliche Perspektiven und neue Denkanstöße in die Diskussion ein und lieferte wertvolle Inputs zu Unternehmertum, Industrie und aktuellen wirtschaftspolitischen Entwicklungen.

Den offiziellen Auftakt des JI-Sommerwochenendes bildete die Betriebsbesichtigung bei Winzer Krems. Vor Ort wurde sichtbar, wie traditionelle Strukturen und moderne Unternehmensführung erfolgreich zusammenspielen. Das Programm führte die Mitglieder dann weiter nach Dürnstein, wo der erste Tag bei einem gemeinsamen Abendessen in entspannter Atmosphäre ausklang. Der Abend wurde vor allem für persönliche Gespräche und neue Begegnungen innerhalb der JI genutzt.

Der Samstag bot eine gelungene Mischung aus inhaltlichem Austausch und gemeinsamen Erlebnissen. Anna Marton teilte in ihrem Impulsvortrag persönliche Einblicke in ihren beruflichen Werdegang und ihre Erfahrungen im Umgang mit aktuellen Herausforderungen der Arbeitswelt. Ein herzliches Dankeschön gilt an dieser Stelle der JI-Niederösterreich/Burgenland, die diesen besonderen Programmpunkt ermöglicht hat!

Ein weiteres Highlight des Tages war die gemeinsame Wanderung am Loibenberg, bei der die Mitglieder die malerische Landschaft der Wachau erleben und den gemeinsamen Austausch weiter vertiefen konnten. Anschließend ging es mit Zillen, den traditionellen Booten der Wachau, auf die Donau, bevor der Abend bei der Wachauer Sommwendfeier seinen Ausklang fand. Für viele Teilnehmende zählte dabei vor allem das Feuerwerk zu den besonderen Momenten des Wochenendes.

Auch abseits des offiziellen Programms wurde deutlich, was das JI-Sommerwochenende seit vielen Jahren auszeichnet: der persönliche Austausch zwischen engagierten Mitgliedern aus ganz Österreich. Formate wie dieses stärken das österreichweite Netzwerk, fördern neue Ideen und schaffen Raum für aktive Mitgestaltung innerhalb der Organisation.

Ein besonderer Dank gilt dem Sponsor GrECo sowie der JI-Niederösterreich/Burgenland für ihre Unterstützung des JI-Sommerwochenendes 2026!



DIE RECHNUNG LANDET BEI UNS

Stellen wir uns Österreich für einen Moment als Unternehmen vor. Die Kosten steigen, die Wettbewerbsfähigkeit gerät unter Druck und notwendige Reformen werden verschoben. In jedem Unternehmen wäre längst klar, dass es so nicht weitergehen kann.

In Österreich verlaufen diese Debatten oft anders: Statt über die großen Herausforderungen von morgen wird häufig über die Konflikte von heute diskutiert. Dabei betrifft vieles, worüber heute entschieden wird, vor allem jene Generation, die die Konsequenzen noch jahrzehntelang tragen wird: die junge Generation.

Gerade deshalb braucht es mehr Austausch zwischen jungen Stimmen aus Politik, Wirtschaft und Sozialpartnerschaft. Nicht, weil überall dieselbe Meinung herrschen muss; sondern weil wir gemeinsam Verantwortung für die Zukunft unseres Landes übernehmen müssen.

In den vergangenen Wochen durfte ich zahlreiche Gespräche mit Jugendorganisationen, jungen Sozialpartnern und politischen Vertreterinnen und Vertretern führen. Die Zugänge sind unterschiedlich, die Perspektiven oft ebenso. Und das ist auch gut so: Wer die Zukunft unseres Landes sichern will, braucht keine Einheitsmeinung, sondern die Bereitschaft, unterschiedliche Sichtweisen an einen Tisch zu bringen.

Vor allem beim Thema Generationengerechtigkeit können wir es uns nicht länger leisten, schwierige Debatten aufzuschieben. Die Rechnung landet am Ende ohnehin bei jener Generation, die heute noch viel zu selten im Mittelpunkt politischer Entscheidungen steht.

Das gilt besonders für unser Pensionssystem: Immer weniger Erwerbstätige finanzieren die Pensionen von immer mehr Menschen – trotzdem wird jede Diskussion über Reformen oft behandelt, als wäre sie politisch unzumutbar. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Unzumutbar ist es, notwendige Entscheidungen immer weiter in die Zukunft zu verschieben.

Die Gespräche haben gezeigt, dass es bei den großen Zukunftsfragen oft mehr Gemeinsamkeiten gibt, als man auf den ersten Blick vermuten würde. Denn am Ende geht es nicht darum, in allen Fragen derselben Meinung zu sein – es geht darum, gemeinsam Verantwortung für jene Zukunft zu übernehmen, die wir eines Tages gestalten, finanzieren und tragen werden.

Umso wichtiger ist es, dass wir miteinander sprechen – nicht übereinander. Und nicht erst dann, wenn die Probleme noch größer geworden sind.

Eduard Fröschl,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie



Mut zur Veränderung

Der traditionelle Industrieempfang der IV-OÖ ging am Abend des 16. Juni in einer voll besetzten Kepler Hall am Campus der Johannes Kepler Universität über die Bühne.

Bereits im Vorfeld wurde in der Vollversammlung im Beisein von etwa 150 Spitzenvertretern der Mitgliedsbetriebe Oberbank-Generaldirektor Dr. Franz Gasselsberger die Ehrennadel aus Gold als Dank für sein langjähriges Engagement überreicht.

Beim anschließenden Industrieempfang war die Stimmung unter der versammelten Industriespitze des Landes trotz zahlreicher nationaler und internationaler Herausforderungen positiv – die wirtschaftliche Erholung wird sich in den nächsten Monaten fortsetzen. IV-OÖ-Präsident Thomas Bründl forderte in seiner Rede mehr Freiräume und weniger staatliche Intervention ein. Es brauche Maßnahmen, die die Verantwortung der

Menschen und der Unternehmen stärken; die Ausnützung des Systems dürfe nicht gesellschaftlicher Konsens werden. Mehr Markt und „weniger regulatorische Felsbrocken“ müssen das Wirtschaften wieder einfacher machen.

IV-Chefökonom Christian Helmenstein hinterlegte diesen Anspruch mit Zahlen und Fakten: Österreich müsse sich bei der Veränderungsgeschwindigkeit ein Beispiel an Dänemark nehmen, das den ökonomischen Strukturwandel seit den 2010er-Jahren in doppelt so hohem Tempo wie Österreich vorantreibt. Die besorgniserregende Folge in Österreich sei ein jahrelanger negativer Primärsaldo, der die Verschuldung aufgrund der stark steigenden Zinsausgaben weiter in die Höhe treibt. Die Bundesregierung müsse

mehr Mut beweisen und Reformen ambitioniert umsetzen.

Dass es mehr Mut zur Veränderung benötigt, darin war sich im Anschluss auch die Talkrunde – bestehend aus Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer, Landeshauptmann Thomas Stelzer, IV-Präsident Georg Knill und IV-OÖ-Präsident Thomas Bründl – einig. Oberösterreich als flächendeckend starke Industrieregion müsse sich in so fragilen Zeiten durch forcierte Investitionen in Forschung, Qualifizierung und neue Technologien so „antifragil“ aufstellen, um aus dieser Krisenphase gestärkt hervorzugehen. Die finanziellen Voraussetzungen dafür sind aufgrund einer soliden Budgetpolitik, die Oberösterreich seit vielen Jahren auszeichnet, vorhanden.



Prof. Dr. Christian Helmenstein (IV).



Moderatorin Nina Kraft, IV-OÖ-Präsident Thomas Bründl, Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer, Bundesminister Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer, IV-Präsident Georg Knill.



IV-OÖ-Präsident Thomas Bründl.



Dr. Peter Mitterbauer (Miba AG), DI Stefan Pierer (Pierer Industrie AG),
DI F. Peter Mitterbauer (Miba AG).



IV-OÖ-Präsident Thomas Bründl, Dr. Franz Gasselsberger (Oberbank AG).



Doris Lang-Mayerhofer (Magistrat Linz), Dr. Gerald Silberhumer (WKO OÖ), Rektor Dr. Stefan Koch,
Dr. Thomas Gegenhuber (Magistrat Linz).



Bürgermeister Mag. Dietmar Prammer,
Mag. Christiane Frauscher (Land OÖ).



IV-OÖ-GF Dr. Joachim Haindl-Grutsch,
Bundesminister Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer.



Dr. Leonhard Schitter (Energie AG), Mag. Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß (Fronius), Dr. Elisabeth
Wiesner-Landerl, Dr. Erich Wiesner (Wiehag Holding GmbH).



Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer, Mag. Bettina Stelzer-Wögerer (Wögerer GmbH),
Dr. Georg Emprechtinger (TEAM 7 Natürlich Wohnen GmbH).



Mag. Klaus Kumpfmüller (Hypo OÖ), Karl Kletzmaier (Keba Group AG), Mag. Stefan Sandberger
(RLB OÖ).



Mag. Petra Hartl (CIMA GmbH), Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner, Dr. Verena Trenkwald (KPMG
Alpen-Treuhand GmbH).



Zu viel Staat, zu wenig Mehrwert

„Mut zur Veränderung“ war das Motto des Industrieempfangs 2026. In einer Pressekonferenz im Vorfeld präsentierten IV-OÖ-Präsident Thomas Bründl, Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch und IV-Chefökonom Christian Helmenstein eine Handlungsanleitung dazu.

Die größten Probleme des Industriestandorts liegen vorrangig in der Lösungskompetenz der Bundesregierung. „Das Doppelbudget zeigt keinen glaubhaften Weg aus der Krise auf“, so Bründl. Aufgrund der demografischen Entwicklung gehe die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben in den nächsten Jahren weiter auf. „Dieses Doppelbudget wirft die heiße Kartoffel nur weiter Richtung 2029 und damit zu den nächsten Wahlen“, kritisiert Bründl. Besonders kritisch bewertet der Präsident diesbezüglich die überbordende Regulierung aus Brüssel und Wien: „Wir entfernen kleine Kieselsteine und bekommen gleichzeitig neue Felsbrocken vor die Füße gelegt. Von echter Entlastung kann keine Rede sein.“

Verhaltenslenkung und Vereinfachung
Wir leben in einer Zeit der Überintervention. Der Staat greift immer stärker in die Wirtschaft ein – Preisbremsen, Förderungen, Regulierungen und neue Berichts-

pflichten werden zur Standardantwort auf nahezu jedes Problem. Bründl spricht sich deshalb für ein „Mehrwertpaket“ aus, das zwei Kernelemente betont. Zum einen geht es um Verhaltenslenkung: Maßnahmen sollten Anreize oder Rahmenbedingungen schaffen, die Bürger und Unternehmen zu einem gewünschten Verhalten motivieren, das von mehr Verantwortung und mehr Markt geprägt ist. Zum anderen geht es um Vereinfachung: Prozesse, Regeln oder Verwaltungsabläufe sollten einfacher, schneller oder verständlicher werden. Das bedeutet weniger Bürokratie und weniger Kosten für Bürger, Betriebe und den Staat.

Die zunehmenden Unsicherheiten in der Weltwirtschaft machen deutlich, dass es künftig nicht mehr ausreicht, lediglich krisenresistent zu sein. „Eine starke Region wächst an Krisen. Sie nutzt Veränderungen als Chance und geht gestärkt daraus hervor“, so Bründl.

Regionaler Gestaltungsspielraum
Erste Einblicke in die von der IV-OÖ beauftragte Studie „Wachstumsstrategie Oberösterreich in regionaler Differenzierung“ lieferte IV-Chefökonom Prof. Dr. Christian Helmenstein. Oberösterreich und seine Industrie sollten nicht zuwarten, bis die Bundesebene endlich dem Handlungsimperativ gerecht wird – Anstrengungen im eigenen Wirkungsbereich sollten bestmögliche Rahmenbedingungen im Bundesland ermöglichen. Auf der Grundlage einer einzigartigen Regionalanalytik (von der Vermessung des oberösterreichischen „Wertschöpfungsgebirges“ über den Turbulenzindikator als Gradmesser des strukturellen Wandels bis hin zu regionalen Entwicklungsszenarien) wurden Maßnahmen für jede der fünf NUTS-3-Regionen des Landes zu maßgeschneiderten Strategien verdichtet.

Von besonderer Tragweite ist, dass drei der sechs identifizierten Handlungsfelder – Regulierung und Genehmigungsverfahren, Fachkräfte und Bildung sowie Digitalisierung und Automatisierung – zu einem erheblichen Teil in der Landeskompetenz liegen. „Oberösterreich wird folglich nicht auf Reformimpulse aus Wien warten, sondern kann seinen Gestaltungsspielraum unmittelbar und aus eigener Kraft nutzen.“

Kostenwahrheit in der Energiepolitik
IV-OÖ-Geschäftsführer Dr. Joachim Haindl-Grutsch legte im Rahmen der Pressekonferenz seinen Schwerpunkt auf die Energiepolitik. Eine gesicherte Energieversorgung (Platz 1) und günstige Energiepreise (Platz 4) werden von der Bevölkerung zu den wichtigsten Voraussetzungen eines erfolgreichen Wirtschaftsstandorts gezählt. 84 Prozent sind für den Ausbau der Donauwasserkraft, zwei Drittel für die Förderung der Gasvorkommen

in Österreich. „Der Hausverstand der Bevölkerung spiegelt die Realität des Energiesystems erstaunlich gut wider“, so Haindl-Grutsch. Die Struktur der Stromerzeugung verändert sich grundlegend. Die energiepolitische Diskussion benötigt daher den Blick auf die Gesamtsystemkosten. Eine robuste Transformationsstrategie muss folglich alle systemischen Kosten und Ressourcenverfügbarkeiten berücksichtigen.

Österreichs Gold-Plating in der Klimapolitik
Besonders kritisch zu bewerten sind österreichische Alleingänge in der Klimapolitik, die weitere Kosten der Energietransformation zur Folge haben. Eine aktuelle EcoAustria-Studie im Auftrag der IV-OÖ zeigt, dass die Vorziehung der Klimaneutralität von 2050 auf 2040 erhebliche volkswirtschaftliche Kosten verursachen würde. Laut den Modellrechnungen von EcoAustria verbleiben selbst bei Erreichung der EU-Vorgabe im Jahr 2040 (minus 90 Prozent im Vergleich zu 1990) damit für Österreich noch Nettoemissionen von rund acht Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Diese bis 2040 zu reduzieren verringert das reale BIP im Jahr 2040 um 1,7 Prozent; das entspricht, bezogen auf das BIP des Jahres 2024, einer um 8,5 Milliarden Euro geringeren Wirtschaftsleistung und rund 30.000 Arbeitsplätzen weniger.

„Es ist völlig inakzeptabel, dass die österreichische Bundesregierung den Standort Österreich zusätzlich schwächt, indem sie statt wie die EU 2050 das Jahr 2040 als Ziel für die Klimaneutralität beschlossen hat“, so Haindl-Grutsch. „Günstige Energie ist ein Wohlstandsmotor, teure Energie kostet Wohlstand. Kostenwahrheit hat daher oberste Priorität“, zeigt sich Haindl-Grutsch überzeugt.

